

Calmer Tagblatt

Nr. 159.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigepreis: Die kleinste Seite 60 Btg. Restamen 2.-M. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Montag, den 12. Juli 1920.

Bezugpreis: In der Stadt mit Zehrlohn M. 12.90 vierteljährlich, Postbezugspreis M. 12.90 mit Postgeb. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags.

Spa * Aenderung der Verhandlungstaktik der Alliierten.

* Das es in erster Linie die Angst der Alliierten vor dem Wiederaufstehen der gefürchteten deutschen Wehrmacht gewesen ist, die sie zu ihren dauernden Drohungen und Schikanen veranlaßte, sehen wir ganz deutlich an dem bisherigen Verlauf der Konferenz. Zuerst wollten die Alliierten sich Sicherheiten über die Entwaffnung Deutschlands schaffen. Lloyd George meinte, es sei ganz gleich, ob unsere Reichswehr 100 000 oder 300 000 Mann stark sei, solange noch 2 Millionen Gewehre innerhalb der deutschen Bevölkerung verteilt seien, bedeute es eine große Gefahr für die Nachbarn. Deshalb mußte von deutscher Seite das befristete Ultimatum bezüglich der Herabsetzung des Heeres angenommen werden, sodann hinsichtlich der Entwaffnung der Bevölkerung und der Sicherheitswehren. Recht hübsch erwiderte der deutsche Außenminister dem englischen Ministerpräsidenten, daß selbst England nicht in der Lage sei, alle Waffen aus Irland herauszuholen, worauf der sonst mundfertige Herr nichts zu antworten wußte. Im übrigen konnten die deutschen Vertreter nichts tun, als ihre Einwände gegen die Entwaffnung zur Geltung bringen, die jedoch ungehört verhallten. Gegen die Fortsetzung der diktatorischen Forderungen hatte unser Außenminister sofort Protest erhoben, und erklärt, daß wir in dieser Behandlungsweise nicht den Versuch einer Verständigung erblicken könnten, und daß unsere Vertreter deshalb mit demselben Vorbehalt unterschreiben müßten wie beim Vertrag von Versailles. In dem Protokoll über die Entwaffnungsfrage ist jedoch keine Zustimmung unserer Vertreter enthalten für den Fall, daß bei Nichterfüllung der Bedingungen die Entente weitere deutsche Gebiete besetzen dürfe, im Gegenteil hat der deutsche Außenminister gegen diese Drohung energisch Stellung genommen, weil sie sowohl dem Versailler „Vertrag“ als auch dem Völkerrecht zuwiderlaufen würde. Die Ententevertreter aber antworteten nur, die Alliierten behielten sich das Recht vor, so vorzugehen, wie sie es für nötig erachteten. Auf irgendwelche Erörterungen darüber, wieviel Reichswehr wir brauchen, wieviel Sicherheitswehr und Einwohnerwehr wir nötig haben, haben die Herren sich gar nicht eingelassen. Sie haben von uns nur einen Plan darüber gefordert, in welcher Zeit wir die Bedingungen des Friedensvertrages erfüllt haben. Angesichts dieser Sachlage mußten unsere Vertreter sich natürlich auf diesen Boden stellen. Vom rein militärischen Standpunkt aus sind die Bedingungen jedoch, was die Entwaffnung und speziell die Reichswehr anlangt, nicht Erschwerungen gegenüber dem Friedensvertrag, sondern Erleichterungen.

Als sich die Entente durch die Regelung der Entwaffnungsfrage gesichert glaubte, schlug man sofort einen andern Ton an. Zwar war man selbstverständlich bemüht, bei den wirtschaftlichen Verhandlungen aus Deutschland herauszuholen, was nur möglich war, aber hier zeigt man sich anscheinend zu Zugeständnissen bereit, denn Herr Millerand hat sich herbeigelassen, dem deutschen Volke sogar ein wirtschaftliches Existenzrecht zuzugestehen. Allerdings wollen die Alliierten auch hier noch Butter zu dem Schindbrot, denn erstens verlangten sie die Vorlage des deutschen Wiedergutmachungsplans und gleich dazu eine solche hohe Kohlenlieferung, daß Deutschland gar nicht in der Lage wäre, genügend zu produzieren, um die wirtschaftlichen und finanziellen Forderungen erfüllen zu können. Herr Millerand verlangte nämlich nicht weniger als das 2½fache des in dem deutschen Kohlenwirtschaftsvorschlag eingeschätzten Kohlenquantums, sodas der deutschen Industrie nur ¼ ihres Bedarfs blieben. Von deutscher Seite wurden 44 000 Tonnen pro Arbeitstag angeboten, sodas Deutschlands Industrie, Landwirtschaft und Hausbrand nur mit 58 Prozent des Verbrauchs von 1913 beliefert werden kann. Zur Erreichung der vorgenannten Förderungshöhe sollen jährlich 50 000 Bergarbeiter neu eingestellt werden, für die die erforderlichen Wohnungen zu bauen sind. Nur unter der Bedingung, daß die Entente diesen Kohlenlieferungsvorschlag annimmt, wurde dann deutscherseits ein großzügiger Wiedergutmachungsplan vorgelegt, der auch eine umfangreiche Mitarbeit Deutschlands an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete vorsieht. (Wir werden den Plan morgen veröffentlichen.) Nach neuesten Nachrichten sollen die beiderseitigen Kohlenfachverständigen danach streben, zu einer Einigung zu kommen. In Frankreich mehren sich auch jetzt die Stimmen, die eine „versöhnliche“ Haltung wünschen, denn so sagt die Pariser Presse, Frankreich verfolgt zwei Ziele, es will Deutschland die Möglichkeit nehmen, seine militärischen Unternehmungen wieder zu beginnen, und es wolle auch eine Wiedergut-

machung. Aus letzteren Beweggründen müsse man Deutschlands wirtschaftliche Lage zu heben versuchen. Aber die Haltung der Entente in der Entwaffnungsfrage und bezüglich der wirtschaftlichen Bedingungen hat fraglos noch andere Beweggründe. Die Alliierten haben in allen Weltteilen zu tun, um ihren sonstigen Raub zu sichern. Der Orient ist im Aufbruch, die Bolschewisten sind daran, den polnischen Busenfreund über den Haufen zu rennen, und Amerika hat scheinbar sich ganz von den europäischen Angelegenheiten zurückgezogen. Deshalb hat Lloyd George auch in recht verdrücklicher Laune einem amerikanischen Berichterstatter gesagt, die Amerikaner seien schuld daran, daß die Alliierten sich in schlechter Lage befinden, sodas sie in der Wiedergutmachungsfrage nachgeben müßten. Das stimmt natürlich nicht so recht, die Neuerung ist sicherlich eher ein feiner Verschleierungsversuch dieses raffinierten Staatsmanns, hinsichtlich der durchaus nicht glänzenden Außenlage der Alliierten. Deshalb will man zu den vorhandenen keine neuen Schwierigkeiten fügen, indem man die Drohungstaktik gegenüber Deutschland aufgibt, denn die bolschewistische und orientalische Gefahr treten immer gewaltiger in Erscheinung. O. S.

Besprechung über das militärische Ergebnis beim Reichspräsidenten.

Berlin, 10. Juli. Beim Reichspräsidenten fand heute vormittag eine Besprechung statt, in der die aus Spa zurückgekehrten Mitglieder der Delegation, Minister Geßler, Staatssekretär Albert und Gera v. Seekt Bericht erstatteten. Nach allgemeinen Mitteilungen wurden die in Spa getroffenen Vereinbarungen erörtert. Dabei wurde hervorgehoben, daß Lloyd George den Schwerpunkt der Verhandlungen auf die Entwaffnung der Bevölkerung, d. h. also das Einsammeln der in den Händen der Bevölkerung befindlichen Waffen gelegt habe. Die Androhung des Einmarsches in das Ruhrgebiet ist von den Deutschen nicht genehmigt, sondern nur zur Kenntnis genommen worden, nachdem der Reichsminister des Äußern zuvor erklärt hatte, daß eine derartige Klausel dem Friedensvertrag und dem Völkerrecht widerspricht. Die Schlussformel der Unterschrift geht inselgedessen nur dahin, daß die deutsche Regierung Kenntnis nehme und versuchen werde, die Bedingungen auszuführen. Lloyd George hatte ausdrücklich anerkannt, daß die Deutschen durch ihre Unterschrift die Strafklausel nicht deckten. Es wurde weiter klargestellt, daß bei dem Nachdruck, mit dem die Einsammlung der Waffen von der Entente gemäß dem Friedensvertrag gefordert wird, Deutschland hier alsbald zu einschneidenden Maßregeln greifen muß.

Der Großindustrielle Stinnes über die Kohlenlieferungsfrage.

Spa, 10. Juli. Die Rede, die Hugo Stinnes in der heutigen Vormittagsitzung der Konferenz hielt, lautete: Ich spreche stehend, damit ich meinen Zuhörern ins Auge sehen kann. Sie werden mir gestatten, freimütig zu sprechen. Herr Millerand hat gestern erklärt, daß er aus Courtoisie bereit sei, die deutschen Vertreter zu hören. Wer nicht unheilbar von der Siegerkamtheit befallen ist, weiß, daß es mit den jetzt üblich gewordenen „Dezisionen“ nicht getan ist. Sie sind das Ohr, durch das die europäischen, ja die ganze Welt hört, was wir Deutsche in einer europäischen Lebensfrage, die ohne unsere tatkräftige Mitwirkung nicht zu lösen ist, zu sagen haben. Ich spreche somit aus natürlichem Recht, nicht aus Höflichkeit gebildet, hier oder anderwärts. Die Zahlen des Herrn Millerand kann ich hier, soweit sie Frankreich betreffen, nicht anerkennen, auch nicht zahlenmäßig bestreiten. Soweit sie sich auf den Versorgungsgrad Deutschlands beziehen, der zu 79 Prozent im allgemeinen, zu 65 Prozent in der Eisenindustrie angegeben wird, sind sie unrichtig. Als deutscher Industrieller weiß ich aus eigenen Betrieben, daß die Versorgung leider nicht annähernd 80 Prozent beträgt. Anerkennen muß ich, daß die französischen Versorgungsverhältnisse ebenfalls unerträglich schlecht sind und daß, ganz abgesehen vom Friedensvertrag von Versailles, der zwar ein Recht geschaffen hat, aber ein einem ausgehungerten armen Volke abgepresst, ein gleichsam natürliches Recht auf französischer Seite besteht, daß jeder deutsche Unternehmer und Arbeiter das äußerste tut, um dem im Kriege erfolgreichen Frankreich aus seinem jetzigen Zustand schnellstens herauszuhelfen. Wir erkennen an, daß umsomehr Veranlassung zu größter Anstrengung vorhanden ist, je mehr französische Gru-

ben im Pas du Nord und Pas de Calais zerstört worden sind, systematisch, wie Herr Millerand gestern sagte, aber nicht aus Niederracht und Vandalismus, sondern aus einer klar erkannten militärischen Notwendigkeit. Sind in den Jahren 14 und 15 doch auch die deutschen Gruben in Oberschlesien fast nur durch ein Wunder demselben Schicksal entgangen. Wir haben gestern betreffend die Kohlenlieferung durch Deutschland gehört. Wie sieht die Wirklichkeit aus: Ein Rechtsanspruch auf Kohlenlieferungen vor dem 10. Januar 1920 plus 120 Tage, d. h. also dem 10. Mai 1920, bestand überhaupt nicht. Was vorher geleistet worden ist, geschah aus natürlichem Rechtsempfinden heraus, das sich jetzt als falsche Sentimentalität erweist. Wir haben, entsprechend den Anforderungen der Reparationskommission, zu liefern, was über die zwingenden Bedürfnisse des deutschen Wirtschaftslebens hinaus erübrigt werden kann, und zwar zur Zeit bis zu 39,5 Millionen Tonnen jährlich ohne Luxemburg. Das ist eine vollständig unmögliche Ziffer. Im Frühjahr 1919 betrug die Förderung im Ruhrgebiet, das für die mittelbaren Lieferungen an Frankreich ausschlaggebend ist, rund 220 000 Tonnen täglich. Sie ist jetzt auf 285 000 Tonnen gestiegen. Damals wurde schon in Erkenntnis der kommenden Entwicklung seitens der Bergwerksbesitzer im Einvernehmen mit den Gewerkschaften der deutschen Regierung eine Siedelung von Bergleuten in den Bergwerksbezirken von bisher niemals gehörtem Umfang vorgeschlagen. Allein im Ruhrgebiet müssen mit Familien usw. etwa 600 000 Menschen angesiedelt werden. Allein im Ruhrbezirk werden uns Kosten von weit über 6 Milliarden Mark entstehen, davon sicher 5 Milliarden Mark nicht dauernde Werte infolge der herrschenden Teuerung, also ein gewaltiger Verlust, um ein gesteigertes Opfer an Frankreich zu ermöglichen. Die Siedelung geht, abgesehen von Mängeln der ersten Organisation, nicht flott von statten, weil wegen des Kohlenmangels es an Baustoffen aller Art fehlt. Auch fehlt es an Geld. Da die erforderliche Hebung der Förderung nicht schnell genug durch Heranziehung neuer Arbeiter in die Kohlenbezirke mangels Wohnungsgelegenheit möglich war, beschloßen nach mühevollen Verhandlungen im Februar 1920 die Arbeitgeber und Arbeiter, statt der von letzteren sehnlich gewünschten 8stündigen Arbeitszeit, eine solche von 8 Stunden und 10 Minuten im Wege der Ueberstüchen aufzunehmen, Ueberstüchen, die mit 100 Prozent Zuschlag bezahlt werden. Die Million Tonnen, die heute als Grundstock der monatlichen Lieferungen an die Entente angesehen werden kann, ist ermöglicht durch die Ueberarbeit deutscher Bergleute, deren Ernährungszustand nach einer vielfährigen Hungerblockade schlecht ist, deren Familien heruntergekommen und abgerissen sind. Zur Zeit sind wieder Verhandlungen im Gange, um noch mehr überzuarbeiten, täglich 14 Stunden, wodurch eine weitere beträchtliche Förderungssteigerung sofort eintreten würde.

Nur wer weltfremd ist, wird glauben können, daß die freiwillige, mit rohen Gewaltmitteln unermessbare Mehrarbeit in erster Linie mitverwendet werden muß, um in Deutschland die verheerende Arbeitslosigkeit einzudämmen und den deutschen Arbeitern insgesamt eine halbwegs lebenswerte Existenz zu ermöglichen. Wir fassen manches als Realisten und so auch die Möglichkeit ins Auge, daß wir Sie nicht davon überzeugen können, unser äußerstes getan zu haben, weshalb Sie zur Gewaltanwendung schreiten, zur Besetzung des Ruhrgebietes oder dergleichen. Selbst wenn dieser Gewaltakt mit Schwarzen ausgeführt werden könnte, bei deren Anblick als Träger öffentlicher Gewalt sich jedes Weibchen und Deutscher Herz empört, so wird damit weder für Frankreich noch für Europa etwas genützt. Die Siedelung wird mangels Baumaterials zum Stillstand kommen. Neue Arbeiter werden nicht einströmen. Der jetzige Zustand europäischer Kohlennot, dem sonst etwa in drei Jahren abgeholfen werden könnte, wird dauernd werden und damit auch die Zustände wirtschaftlicher europäischer Ohnmacht bei der Rohstoffverteilung. Alle auf Europa fahrenden Schiffe werden mangels Kohlenausfracht nur einseitig beladen sein. Eine unendliche Erschwerung hat die Kohlenfrage durch die gestrige Entscheidung der militärischen Frage erhalten. Da werden Unruhen schwerster Art entstehen, deren Folgen an Produktionsausfall auf Sie in erster Linie zurückfallen. Das Kohlenproblem ist ein einheitliches; die Ruhr und Oberschlesien sind nicht voneinander zu trennen. Wir sind bereit, mit bestem Willen mit Ihnen zu überlegen, wie wir Ihnen schnell

zelle.
1920
zert
gen.
orzheim.
en 11. Sufi
enwirtschaft von
ab
Konzert
iner Abteilg. der
stweihenstein.
8 Uhr ab
Vorträge.
mann,
Hirsau.
on Adam
nstuben
t gute
Weine.
Küchenchef.
yinen
rei, sowie
inen und
pflüge
barem Preise ab.
bzäpfel,
immozheim.
ente
nnen
sucht.
Nachf.
hen-Gesuch.
gen auf den Hof
Station Leinach, ein
ädchen
e und Haushalt bel
n oder späterem Ein-
utsbesitzer Hohl.
ger
rdelnecht
ort eintreten bei
& Stäbler
häft, Hirsauerweg.
bereits neuen,
zenwagen
auftrag zu verkaufen
Städtin. Kolb.
Calw.
Bettzeuge,
rtikate.

und gründlich helfen können. Ein Diktat können wir nicht annehmen. Dafür steht Ihnen nach unseren Vorlesungen auf Grund des Friedensvertrages das Recht nicht zur Seite. Aus fachlichen und rechtlichen Gründen sind die Punkte 1-4 der Kohlenentschädigung unannehmbar.

Der Bergarbeiterführer Hue über die Kohlenlieferungsbedingungen.

Spa, 10. Juli. In seiner Rede in der Vormittags-Sitzung der Konferenz sagte der Bergarbeiterführer Hue u. a.: Die deutschen Bergarbeiterdelegierten sind der Überzeugung, daß wir der Kohlennot als internationalem Uebel nur durch internationale Zusammenarbeit aller in Frage kommenden Faktoren zu steuern vermögen. Wir haben unter uns genau überlegt und sind zu der Überzeugung gekommen, daß die Ausführung des Millerandschen Vorschlags keine Befestigung der internationalen Kohlennot bedeutet, sondern das Uebel nur noch vermehrt. Millerands Vorschlag ist praktisch undurchführbar. Wir haben deshalb eine besondere Durchberatung in einer Kommission gewünscht. Die entscheidende Frage, mit der wir an die Erörterung der Erhöhung herantreten, ist: wodurch werden die Bergarbeiter leistungsfähiger und wie machen wir sie arbeitsfreudiger? Wir können hier beschließen was wir wollen. Eine Konferenz von Diplomaten kann beschließen was sie will. Besten Endes wird von den Bergarbeitern darüber entschieden, wie die Förderungserhöhung zu ermöglichen ist und ob sie überhaupt möglich werden soll. Aus diesem Grunde werden Zwangsmaßnahmen oder auch nur die Androhung von solchen bloß das Gegenteil des beabsichtigten Zwecks erreichen. Darüber sollte man sich von vornherein klar sein, wenn man zu einer Verständigung kommen will. Wir deutschen Bergarbeiterdelegierten sind der Einladung nach Spa gern gefolgt in der Hoffnung, hier mit den Vertretern anderer Länder zu verhandeln, nicht allein zum Zweck des Wiederaufbaus von Frankreich, sondern des Wiederaufbaus der ganzen Welt. Zu dieser Mitarbeit erklären wir uns als Vertreter der deutschen Bergarbeiterorganisationen jederzeit bereit. Ich kann die Vertreter der Entente-Regierungen nur dringend bitten, diese Mitarbeit zu ermöglichen.

Die Kohlenlieferungsfrage.

In der Frage der Kohlenlieferung herrscht unter den Alliierten, wie ein Havas-Telegramm besagt, ebenso volle Übereinstimmung, wie in der Entwaffnungsfrage, was in der Annäherung von Repressalien als gemeinsame Entscheidung zum Ausdruck kam. Dem Unterstaatssekretär Bergmann, der für mildere Umstände wegen höherer Gewalt eintrat, antwortete Millerand mit einer Widerlegung. Die vorgebrachten Daten belegte dieser mit Zahlen, wies auf die Entschädigungspflicht der Deutschen für die zerstörten Gruben hin und verlangte sodann die Entscheidung der Delegierten. Demnach soll Deutschland das Vorrrecht Frankreichs in Bezug auf Kohlen anerkennen. Frankreich sind jährlich 18 Millionen Tonnen zu liefern, davon 1,4 Millionen Tonnen monatlich für die zerstörten Gruben und der Rest als Ersatz für die Kohlen, die Frankreich vor dem Krieg hat kaufen müssen. Bevor Deutschland seine Nachbarn mit Kohlen versorgt, muß es die Bedürfnisse Frankreichs befriedigen, welches übrigens bereit ist, den Wert derjenigen Kohlen in Lebensmitteln zu vergüten, über die Deutschland außerdem noch verfügen kann. Die Kontrollkommission in Berlin läßt sich jeden Monat ein Lieferungsprogramm von den Deutschen vorlegen und die Aufträge sind erst nach der Genehmigung ausführbar. In dem Falle der Nichterfüllung dieser Bestimmung oder einer Täuschung wird diese Kommission der Wiedergutmachungskommission Zwangsmaßnahmen vorschlagen und die Wiedergutmachungskommission wird den alliierten Regierungen Sanktionen unterbreiten. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas erwähnt noch, daß zum erstenmal seit Eröffnung der Konferenz eine Händedruck zwischen den Alliierten und deutschen Delegierten gewechselt worden sei. Lloyd George habe einige Worte mit Simons gewechselt und diese Szene habe sich ganz natürlich abgespielt.

Eine interessante Erklärung Millerands.

Spa, 7. Juli. Bei Eröffnung der Nachmittags-Sitzung ergriff zunächst Millerand das Wort und erklärte, wie bereits kurz gemeldet, auf die Ausführungen der deutschen Sachverständigen in der Vormittags-Sitzung, er wolle nicht darauf eingehen, weil es sich nicht um die verantwortlichen Sprecher Deutschlands handle; darum wolle er sich auf die Darlegungen der amtlichen Vertreter der Reichsregierung beschränken. Deutschland habe die Kohlenlieferungen, zu denen es verpflichtet sei, nicht erfüllt, sondern willkürlich vermindert. Die Entente habe das Recht, von Artikel 18 des Annex II des Friedensvertrages Gebrauch zu machen, begnüge sich aber mit Sicherheiten für die Zukunft. Millerand gab danach eine Erklärung über die Tragweite des durch den Beschluß der Alliierten festgesetzten Prioritätsrechtes Frankreich an die gesamte deutsche Kohlenförderung ab, wobei er versicherte, daß Deutschlands eigener Bedarf gerecht bemessen und seine Bevölkerung ausreichend mit Lebensmitteln versorgt werden soll. Gleichzeitig erklärte er, daß die Entente bereit sei, ihre Sachverständigen sofort mit den deutschen Sachverständigen zusammenzutreten zu lassen, um den deutschen Kohlenförderungsplan zu prüfen. Millerand schloß mit der Versicherung, daß Frankreich von keinerlei Nachgefühlen gegen das deutsche Volk befeelt sei, sondern den Wunsch hege, daß Deutschlands wirtschaftliche Kraft im Interesse von ganz Europa ihre alte Höhe erreiche, sofern Deutschland seine Verpflichtungen einlöse, und daß die beiderseitigen Beziehungen sich so friedlich wie möglich gestalten möchten.

Danach traten die beiden Sachverständigen-Gruppen sofort zur Prüfung des deutschen Kohlenförderungsprogramms zusammen. Reichsminister Dr. Simons betonte nach einem Dank für die freundlichen Schlussworte Millerands, daß die Entente, ehe sie im Falle von Verletzungen des Friedensvertrages zu den darin vorgesehenen Strafmaßnahmen schreite, billigerweise die deutsche Regierung auffordern müsse, die Vertragsverletzungen

Amtliche Bekanntmachungen.

Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche ist in den Gemeinden Gültlingen, D. Nagold, Dagersheim, D. Böblingen und Hausen, D. Leonberg ausgebrochen.

Calw, den 10. Juli 1920.

Oberamt: G 53.

Oberamt Calw.

Betreff: Auktionsverkauf von Schlachtschweinen.

In Abänderung der Bestimmungen in § 1 der Verfügung der Fleischversorgungsstelle für Württemberg und Hohenzollern betr. Viehaufringung vom 21. November 1917 (Staatsanzeiger Nr. 274) hat die Fleischversorgungsstelle angeordnet, daß in Zukunft die Metzger zum Auktionsverkauf von Schlachtschweinen in eigenen Bezirken und besondere Kommissionäre für die Versorgung der Bedarfsgebiete unter Einhaltung der amtlichen Höchstpreise zugelassen werden. Die Auktionsberechtigung der Ober- und Unterkäufer bezieht sich auf Schweine, welche aufgehoben.

Nach dieser Anordnung ist der Kommunalverband befugt, geeignete Metzger für diesen Verkauf zu bestimmen. Die Verhandlungen des Kommunalverbands mit der Metzgerinnung sind erfolgt geblieben. Nachdem die Berechtigung zum Schweineverkauf keinem Metzger des Bezirks übertragen werden konnte, sind nunmehr Kommissionäre zum Verkauf von Schweinen

zu bestellen. Geeignete Personen, welche sich für den Verkauf von Schweinen als Kommissionäre der Fleischversorgungsstelle interessieren, wollen dies letztgenannter Stelle unmittelbar oder durch Vermittlung des Oberamts mitteilen.

Calw, den 7. Juli 1920.

Oberamtmann: G 53.

Zur Erhöhung der Mehlpreise.

Trotz wiederholt in der Presse gegebener Aufklärungen mehrten sich die Angriffe gegen die Reichsregierung wegen der von ihr mit Zustimmung des Reichsrats und des zuständigen Ausschusses der Nationalversammlung für Anfang Mai angeordneten Erhöhung der Mehlpreise. Dabei wird vielfach behauptet, daß diese Erhöhung durch die den Landwirten gezahlten Getreidepreise nicht gerechtfertigt werde. Demgegenüber sei nochmals folgendes hervorzuheben: Die Getreidebestände Deutschlands in seinem durch den Friedensvertrag beschränkten Umfang genügen nicht, um seine versorgungsberechtigte Bevölkerung bis zum Beginn der neuen Ernte zu versorgen. Deshalb müssen für den Rest des Wirtschaftsjahres mehrere hunderttausend Tonnen Getreide aus dem Auslande eingeführt werden. Bei den bekannten Valulaverhältnissen verursacht dies gegenüber dem Preise des Inlandsgetreides Mehraufwendungen von etwa 3 Milliarden Mark. Von diesen werden nur etwa 1,4 Milliarden durch die Erhöhung der Mehlpreise gedeckt; den übrigen Betrag muß das Reich tragen. Daß die Heranziehung der versorgungsberechtigten Bevölkerung nicht auf die von der Reichsgetreidestelle versorgte beschränkt werden konnte, sondern daß auch die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände, obgleich sie selbst im allgemeinen kein Auslandsgetreide zu verwenden brauchen, im gleichen Umfang wie die nichtselbstwirtschaftenden zu Beiträgen herangezogen werden mußten, war erforderlich, weil andernfalls eine einseitige Belastung der von der Reichsgetreidestelle versorgten Kommunalverbände erfolgt wäre, während die für die öffentliche Wirtschaft erwachsenden Lasten von allen Angehörigen des Reichs in gleicher Weise getragen werden.

Vorstehende Bekanntmachung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Calw, den 10. Juli 1920.

Kommunalverband: Oberamtmann G 53.

einzuweisen. Der von der deutschen Regierung vorgeschlagene Kohlenbewirtschaftungsplan müsse mit Rücksicht auf den von den Alliierten gefassten Beschluß abgeändert werden. Am Montag früh, womöglich am Sonntag abend werde er vorgelegt werden. Weiter kündigte Dr. Simons für Montag die Vorlegung eines Planes für die Ausführung der Wiedergutmachungen an. Er bemerkte dazu, daß dieser Plan zunächst die finanzielle Gesamtleistung sowohl nach Ertrag wie Gesamtleistung umfassen und die technische Durchführung der im Friedensvertrag vorgesehenen, auf die Gesamtschuld anzurechnenden Sachleistungen garantieren müsse. Daneben regle der Minister eine internationale Aktion zur Neubefriedelung der zerstörten Gebiete an, die als geschäftliche Unternehmung aufgebaut, übermäßige Unternehmergewinne ausschließen und unter eine gemeinsame soziale Kontrolle gestellt werden müsse.

Zur äußeren Lage.

Die Bolschewisten in Dänaburg.

Reval, 10. Juli. Nach hier eingetroffenen Nachrichten sind die bolschewistischen Truppen südlich von Dinaburg bis zur litauischen Front vorgerückt und haben die Verbindung zwischen der lettischen und der polnischen Front durchbrochen. Die litauische Regierung ist von den Bolschewisten erjucht worden, den Durchmarsch durch litauisches Gebiet nach Polen zu gestatten. Dänaburg, das von lettischen Truppen auf Aufforderung der Polen besetzt worden war, wurde von den Letten geräumt und von den Bolschewisten besetzt. — Die Litauer sind russenfreundlich, denn auch ihnen wollen die Polen von ihrem Gebiete wegnehmen.

Rumänien und der polnisch-bolschewistische Krieg.

Spa, 11. Juli. Nach Czernowitzer Blättern hat ein Teil der polnischen Armee von den rumänischen Behörden die Erlaubnis erbeten, auf rumänisches Gebiet zu flüchten. Da Rumänien die Neutralität wahren wolle, verweigerte die rumänische Regierung die Genehmigung.

Das Interesse der Entente für Polen.

Spa, 10. Juli. In Anwesenheit von Marschall Foch hatte Grasty mit Millerand und Lloyd George eine wichtige Unterredung. Er suchte um Intervention, damit das im Ausbaue begriffene Polen nicht von den Bolschewisten erdrückt werde. In den Verhandlungen der Alliierten kommt der polnischen Frage gegenwärtig ganz besondere Wichtigkeit zu.

Glänzender Sieg im westpreussischen und ostpreussischen Abstimmungsgebiet.

(W. B.) Berlin, 12. Juli. (Telephon 1/10 Uhr.) Vor-

läufiges Abstimmungsergebnis für Westpreußen: 99 316 abgegebene Stimmen, davon 91 634 deutsch, 7682 polnisch = 92 Prozent deutsch. Für Ostpreußen: 361 063 abgegebene Stimmen, davon deutsch 353 656, polnisch 7408 = 97,9 Prozent deutsch.

Spa, 10. Juli. (Havas.) Lloyd George und Millerand erklärten Grasty, daß es schwer halte, Polen materielle Hilfe zu leisten. Nach dem „Petit Parisien“ wurde ein Vorschlag Grastys, bei den Deutschen Munition anzukaufen zu dürfen, die zur Zerstörung oder Auslieferung bestimmt ist, von den Alliierten abgelehnt, da der Friedensvertrag von Versailles solche Abtretungen nicht erlaube. Dagegen sind die französische, die englische und die italienische Regierung bereit, in ihren Parlamenten die nötigen Schritte zu unternehmen und eine Hilfeleistung für Polen zu verlangen.

Spa, 10. Juli. Marschall Foch wird wahrscheinlich heute nach Paris abreisen, um im Großen Generalstab über die einzuschlagenden Richtlinien gegenüber Polen zu konferieren.

Amerika und der Handel mit Rußland.

Washington, 9. Juli. (Reuter.) Ergänzend wird gemeldet, daß bei dem Handelsverkehr mit Rußland auch für die Ausfuhr von Lokomotiven, Automobilen und Einzelteilen eine besondere Ausfuhrerlaubnis erforderlich ist. Der Staatspräsident betont, daß die neuen Bestimmungen nicht die Anerkennung irgend einer russischen Regierung bedeute und daß einzelne Personen oder Gesellschaften, die mit Rußland Handel treiben, dies auf eigene Gefahr tun. Die Regierung könne ihnen keinen Schutz gewähren.

Der türkische Existenzkampf.

Paris, 11. Juli. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Konstantinopel soll Mustafa Kemal Pascha dem Sultan geschrieben haben, die Lage der Nationalisten in Anatolien sei günstig, trotz der griechischen Heeresberichte. Er habe 3000 Griechen, darunter zwei Generale, gefangen genommen. Sowohl die Kurden, als auch die Mesopotamier, hätten ihm Hilfe versprochen. Diese würden sogar den Arabern gegen die Franzosen in Syrien helfen. In einem Manifest sagte Kemal Pascha, die Engländer und Griechen seien die größten Feinde der Türkei. Er empfehle aber Rücksicht gegenüber den Franzosen und Italienern.

Vor einem Staatsstreich in China.

Peking, 8. Juli. (Reuter.) Die Lage in Peking ist außerordentlich ernst. Tschangschin, der Führer der Tschili-Partei, ist in der Richtung nach Nankin abgereist. Wie berichtet wird, hat er den Truppen befohlen, gegen Peking zu marschieren. Man befürchtet einen Staatsstreich.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 12. Juli 1920.

Zur Erinnerung an Baudirektor v. Berner.

Im vorigen Jahrhundert war die ev. Stadtkirche baufällig geworden. Die Gemeinde faßte nun im Jahr 1860 den Beschluß, die Kirche umbauen zu lassen. Es wurden einige Entwürfe ausgearbeitet, aber keiner kam zur Ausführung. Mit der Zeit zeigte es sich, daß nur ein vollständiger Neubau den Mängeln abhelfen könne. Es wurde deshalb Baurat Berner, der in vorletzter Woche in hohem Alter in Stuttgart gestorben ist, beauftragt, einen Entwurf für einen Neubau, den Chor ausgenommen, auszuarbeiten. Die neuen Pläne fanden die Zustimmung des Kirchengemeinderats. Im Jahr 1884 wurde mit dem Bau der Kirche begonnen, der dann im Jahre 1888 vollendet wurde. Die Baukosten wurden ohne Orgel auf 180 000 M. berechnet. Nach der Ausführung beliefen sich die Kosten insgesamt mit Inneneinrichtung der Kirche und der Aufstellung einer neuen Orgel auf 252 000 M. Durch den angesammelten Baufonds und durch reiche Beiträge von Privaten und des Färberstifts konnte der ganze Bauaufwand schon im Jahre 1888 gedeckt werden. In dem gestrigen Gottesdienst gedachte Dekan Zeller in rühmenden Worten des genialen Erbauers unserer Stadtkirche, der sich mit diesem anerkannt sehr schönen Bau ein bleibendes Denkmal geschaffen habe. Baudirektor Berner habe die übertragene Aufgabe in glücklicher Weise gelöst und unserer Stadt ein prächtiges Gotteshaus erbaut, das zu den schönsten Kirchen unseres Landes gehörte.

Wanderausstellung im Georgenäum.

Die vom württ. Landesgewerbemuseum veranstaltete Wanderverammlung „Guter Geschmack des Alltags“ wurde am Samstag mittag in Anwesenheit von zahlreichen Besuchern in dem festlich geschmückten Festsale des Georgenäums eröffnet. Nach einigen warmen Begrüßungsworten von Stadtschultheiß Gühner hielt Prof. Dr. P a z a u e l einen erläuternden Vortrag zur Einführung in die Ausstellung. In leichtem Plauderton wies der Redner zunächst auf den Zweck der Veranstaltung hin. In einer Zeit, die für gewerbliche und kunstgewerbliche Vorführungen noch wenig geeignet erscheine, sei es notwendig, das Anregungsmaterial der Hauptstadt möglichst weiten Kreisen bequem zugänglich zu machen. Der Umfang der Ausstellung habe wegen der hohen Kosten möglichst eingeschränkt werden müssen, dies sei aber um so leichter durchzuführen gewesen, als ja die Ausstellungstendenzen wesentlich andere geworden seien. Während man früher nur impotante Schaustücke zur Ausstellung gebracht habe, sei man nun dazu übergegangen, Gegenstände des Alltags auszustellen, die in der Wahl des Materials, in

hen
mmungsgebiet.

10 Uhr.) Vor-
reufen: 99 316
7682 polnisch =
en: 361 063 ab-
nisch 7408 = 97.9

und Millerand er-
materielle Hilfe zu
in Vorschlag Gras-
zu dürfen, die zur
von den Alliierten
ersailles solche Ab-
anzösishe, die eng-
in ihren Parla-
n und eine Hilfe-

Wahrscheinlich heute
stabil über die ein-
u konferieren.

Rußland.
ingend wird gemel-
auch für die Aus-
ngelsteilen eine be-
Der Staatspräsident
t die Anerkennung
daß einzelne Per-
andel treiben, dies
onne ihnen keinen

mpf.
der „Chicago Tri-
emal Pajisa dem
ionalisten in Ana-
berichte. Er habe
angen genommen.
amier, hätten ihm
Arabern gegen die
nifest sagte Remal
ie größten Feinde
enüber den Fran-

China.
Peking ist außer-
Tschili-Partei, ist
berichtet wird,
zu marschieren.

den 12. Juli 1920.
v. Berner.
stadtkirche baufällig
ahr 1860 den Be-
urden einige Ent-
führung. Mit der
Neubau den Miß-
Baurat Berner,
ttgart gestorben ist,
den Chor aus-
anden die Zukun-
84 wurde mit dem
re 1888 vollendet
uf 180 000 M. be-
die Kosten insge-
Aufstellung einer
gesammelten Bau-
n und des Fährers
n Jahre 1888 ge-
st gedachte Delan
Erbauers unse-
schönen Bau ein-
ektor Berner habe
gelöst und unse-
zu den schönsten

enäum.
veranstaltete Wan-
tags" wurde am
schen Besuchern in
genäums eröffnet.
on Stadtschultheiß
erklärenden Vor-
leichem Plauder-
der Veranstaltung
kunstgewerbliche
sei es notwendig,
st weiteten Kreisen
g der Ausstellung
geschränkt werden
ihren gewesen, als
re geworden seien.
de zur Ausstellung
ngen, Gegenstände
des Materials, in

Zweckformen und Technik, in gefälliger Kunstform und in Zeichnung und Farbe einen guten Geschmack aufweisen. Die Wanderausstellung verfolge somit den Zweck, die Produktion in dem betreffenden Fabrikationszweig zu fördern und das Publikum mit den modernen Neuerungen des Kunstgewerbes bekannt zu machen, denn eine Tätigkeit der Kunstindustrie ohne Mitwirkung des lauffähigen Publikums sei nicht denkbar. Deutschland habe in den letzten Jahrzehnten einen einseitigen Aufschwung in der Kunst genommen, früher sei man ja in der Mode und im Geschmack ganz von Paris und Frankreich abhängig gewesen. Hierin habe sich aber allmählich eine Wandlung vollzogen. Vor dem Kriege sei man auf dem besten Wege gewesen, einen deutschen Stil zu bekommen, alle Zeichen haben darauf hingewiesen, daß Deutschland sich vom Ausland freimache und bahnbrechend vorgehe. In geschmacklichen Qualitäten habe Deutschland Großes geleistet und selbst die Entwürfer, die sonst ihre künstlerische Ausbildung in Paris genommen hätten, seien zu uns gekommen, um von uns zu lernen. In England sei die Sache etwas anders gewesen. Der Engländer habe nie viel Geschmackssinn entwickelt und sei ein schlechter Künstler gewesen. Es habe aber bald bemerkt, daß der deutsche Geschmack im Ausland großen Anklang finde und daß mit den deutschen Fabrikaten gerechnet werden müsse. Der nie geahnte Erfolg des Kunstgewerbes sei auch mit ein Grund gewesen, warum England mit neidischen Augen auf Deutschland geblickt hätte. Die großartige Entwicklung der Kunst sei zunächst gehemmt, aber man dürfe deshalb in Deutschland den Mut nicht verlieren. Die deutsche Stilbildung werde mit den Jahren sich wieder heben und auch im Auslande wieder Anerkennung finden. In der Ausstellung sei kein Objekt einer Kopie zu finden, es seien nur Originale ausgestellt, die aber nicht in früheren Jahrhunderten, sondern in den letzten Jahren entstanden seien. Alle Ausstellungsobjekte seien somit Kinder unserer Zeit. Sie seien ein Beweis davon, daß Deutschland den sichereren Weg zur Höhe wieder finden und auch früher erreichen werde als England. Nach diesen allgemeinen Ausführungen gab der Redner eingehende Mitteilungen über die einzelnen Teile der Ausstellung, über Metalle, Möbel- und Holzschneiderei, über Bucheinbände und Leberarbeiten, über Keramik, über Textilien und über die Gebrauchsgraphik. Letztere Abteilung bietet für die Geschäftswelt ungemein viel Interessantes. In den nächsten Jahren wird die Sparbarkeit, zu der Deutschland verurteilt sein wird, besonders reiche Aufgaben in Kunst und Kunsthandwerk nicht erfüllen lassen. Wir werden vielmehr darauf angewiesen sein, unsere schlichte Umgebung poesievoll zu gestalten, um neuen Lebensmut und neue Lebensfreude zu gewinnen. Gerade die Kunst des Alltags wird für liebevoll gedachte, gestaltete und durchgeführte Gegenstände zu sorgen haben, die uns durch zweckmäßigen Aufbau, gefällige Linienführung und schöne Farben erfreuen können. — Die ganze Ausstellung ist sehr schön angelegt, sie bringt jedem Besucher etwas und kann daher aufs wärmste empfohlen werden. Der aufmerksame Besucher wird auf alle Fälle, er mag einen Beruf haben, welchen er will, nicht nutzlos die Ausstellung verlassen. Die Direktion des Landesgewerbemuseums hat mit dieser Wanderausstellung einen überaus glücklichen Gehanten aufs praktischste verwirklicht.

Vom Landtag.

(StB.) Stuttgart, 9. Juli. Vor der Fortsetzung der Generaldebatte zur Thronrede gab Staatspräsident Dr. Hieber in der heutigen Vormittags-Sitzung die Erklärung ab, das Staatsministerium habe auf die Bitte der Reichsregierung um Stellungnahme zu dem feindlichen Ultimatum in Spaa einmütig geantwortet, daß ein Verzicht auf die Polizei und Einwohnerwehr unmöglich sei, weil dies gleichbedeutend mit der Auflösung jeder staatlichen Ordnung wäre. Bezüglich der Reichswehr werde die Entscheidung der Reichsregierung überlassen. Sodann wandte sich namens der Sozialdemokratie K e i l mit einer ausführlichen Polemik gegen Bazille und bestritt, daß die Wähler gegen das demokratisch-parlamentarische Regierungssystem Stellung genommen hätten. Der Landtag habe schon im Augenblick seines Zusammentritts nicht mehr dem Volkswillen entsprochen. Seine Partei werde der neuen Regierung kühl, nüchtern und sachlich gegenüberstehen. Bald werde eine neue Volksentscheidung kommen. Die sozialdemokratischen Beamten dürften nicht zurückgedrängt werden. Den Selbstkostenpreisen der Landwirtschaft seien die Steuerleistungen zugrunde zu legen. Redner kritisierte scharf den früheren Ernährungsminister Graf und die Erhöhung der Milchpreise. Gegen die Einsetzung des Untersuchungsausschusses sei nichts einzuwenden, wenn er auch in die Zeit vor der Revolution Einblick nehme. Vizepräsident Dr. K o t h teilte einen Änderungsantrag der USP mit, wonach der Untersuchungsausschuß auf die Zeit vom 1. August 1914 an zurückgreifen soll. Namens der deutsch-demokratischen Partei stellte sich Scheff vollkommen auf den Standpunkt des Regierungsprogramms, verlangte eine bessere Einfühlung der Beamten in die neuen staatlichen Verhältnisse, einen baldigen Erlaß des Volksabstimmungs-gesetzes, eine Stärkung der Gemeindeverwaltungen, Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, Bekämpfung der Wohnungsnot und Aufhebung der Zwangswirtschaft außer für Getreide und Milch. Dann setzte sich der demokratische Redner mit der Rechten auseinander, wobei es zu leidenschaftlichen Zusammenstößen kam. Seine Partei habe das Opfer gebracht, sich an der Staatsregierung zu beteiligen, Bazille aber habe die Staatsautorität untergraben. Die Sozialdemokraten würden hoffentlich bald wieder die Verantwortung mittragen. Es müsse eine neue Autorität des Staat z geschaffen und der Sinn für Geseßlichkeit gestärkt werden. Um 1/2 1 Uhr wurde abgebrochen. Fortsetzung 5 Uhr nachmittags.

In der 3/4 Stunden dauernden Abend-sitzung des Landtags wurde zunächst eine kleine Anfrage der Frau Klob (SP.) über das Konservatorium für Musik in Stuttgart vom Staatspräsidenten dahin beantwortet, daß der Kultminister nichts unversucht gelassen hat, um Prof. Baur, der eine Berufung an die Hochschule für Musik nach Berlin erhielt, für Stuttgart zu erhalten. Die Generaldebatte wurde dann durch den Unabhängigen, Abg. Ziegler mit einer fast dreistündigen Rede weitergeführt. Er stellte seine Auffassung über den Staat und die Wirtschaft der beiden Parteien gegenüber, forderte den Sozialismus und die Diktatur des Proletariats, kritisierte das Verhalten der Regierung, der Polizei- und der

Reichswehr bei den jüngsten Unruhen, witterte gegen den Militarismus und beantragte schließlich eine Entschlieung, daß die Regierungserklärung nicht den Anschauungen des Landtags entspreche. Es kommt bei den Auseinandersetzungen des Redners zu allerlei ernststen und heiteren Zwischenfällen. Der Präsident wird noch beauftragt, den Brüdern in Ost- und Westpreußen zur Volksabstimmung einen Treugruß zu senden. — Schluß der Sitzung 1/8 Uhr. Nächste Sitzung Samstag vorm. 9 Uhr: Gesetz über die Staatsschuld, Fortsetzung der Generaldebatte.

Ablieferung von L 72.

(StB.) Friedrichshafen, 9. Juli. Heute vormittag machte das neueste und größte Zeppelinluftschiff seine erste Probefahrt, leider um in kürzester Wäbe an Frankreich abgeliefert zu werden. Das Schiff führt die Bezeichnung L 72 und wurde von der Marineverwaltung seinerzeit noch in Auftrag gegeben. Als die Revolution über Deutschland hereinbrach, war das Schiff erst halb fertig. In der folgenden Zeit wurde es dann vollendet und der Zeppelingesellschaft zurückgegeben, später zwecks Ablieferung vom Reich wieder übernommen. Die Ueberführung nach Maubeuge, wo das Schiff stationiert werden soll, leitet Leutnant Heinen. Die heutige erste Fahrt ist auch bei diesem Schiff, das nun in die Hände des Feindes übergeht, ausgezeichnet verlaufen.

Mutmaßliches Wetter am Dienstag u. Mittwoch.

Der neue Hochdruck verspricht keine lange Dauer mehr. Inzwischen ist am Dienstag und Mittwoch bei vereinzelt Gewittern in der Hauptsache trodenes und hochsommerliches Wetter zu erwarten.

Bad Teinach, 10. Juli. Eine in Nordamerika weilende frühere „Teinacherin“ stiftete in hochherziger Weise den Bedürftigen Teinachs zur Linderung der Lebensmittelnot den namhaften Betrag von M. 3600.—, welcher vor einigen Wochen hier eingetroffen ist. Die Gemeindeverwaltung beschaffte von einem Teilbetrag notwendige Lebensmittel, welche bereits verteilt wurden. Die noch verbleibende Restsumme kommt ratenweise zur Verteilung. Die von der Spenderin bewiesene Heimatliebe verdient vollste Anerkennung.

(StB.) Nagold, 8. Juli. Der Gemeinderat genehmigte den Ausbau der Friedhofskirche zu einer Kriegergedächtniskirche und bewilligte die Kosten im Betrag von 60 000 M. Professor Schäster (Stuttgart) gab technisch künstlerische Erklärungen. Die Namen der Gefallenen und Vermissten sollen auf Tafeln aus Stein verewigt werden.

(StB.) Eßlingen, D.-A. Leonberg, 10. Juli. Die Maul- und Klauenseuche tritt hier in der furchtbarsten Weise auf. Einem Bahnwärter verendeten 5 Stück, sein Stall steht jetzt leer. Ebenso 10 andere Stallungen, in denen das letzte Stück Vieh geschlachtet werden mußte.

(StB.) Heidenheim, 11. Juli. Von der seitens des Ministeriums angeregten Schulgebühderhöhung an den höheren Schulen nimmt der Gemeinderat Abstand.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltmann, Calw. Druck und Verlag der A. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Stadtgemeinde Calw.
Bekanntmachung.
Der für kommenden Mittwoch, den 14. Juli d. J. vorgesehene
Vieh- und Krämermarkt
findet zufolge oberamtlicher Anordnung aus seuchenpolizeilichen Gründen
nicht statt.
Calw, den 6. Juli 1920.
Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Dampfwalzbetrieb.
Zwei Dampfstrahlenwalzen werden am 13. ds. Mts. von Calw nach Hirsau fahren und die Staatsstraße durch Hirsau gegen Oberreichenbach bis etwa 22. ds. Mts. bearbeiten.
Wenn die von den Walzen zu bearbeitende Straßenstrecke vorübergehend abgedrängt ist, haben Reiter und Fuhrwerke vor den aufgestellten Schranken so lange anzuhalten, bis die Erlaubnis zum Durchgang gegeben wird.
Straßen- u. Wasserbauamt Calw.
J. V.: Geiger.

Stadtbauamt Calw.
Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß
Aborte, die entleert werden sollten,
auf dem **Stadtbauamt mündlich oder telefonisch anzumelden sind.**
Calw, den 12. Juli 1920.
Stadtbauamt: Herbolzheimer.

Räumungs-Ausverkauf.
Wegen Aufgabe des Artikels verkaufe ich
Leiterwägele
2-4 Zentner Tragkraft,
zu bedeutend herabgesetzten Preisen
H. Gentner, Bahnhofstraße 410.

OberamtsSparkasse Calw
Rückzahlung der Gammel-
(Schüler)-
Kriegsanleihe-Guthaben.

Auf vielfältiges Verlangen zahlt die OberamtsSparkasse die Guthaben von Gammel- (Schüler-) Kriegsanleihezeichnungen nimmehr zurück. Die Auszahlung geschieht in der Oberamtsstadt durch die OberamtsSparkasse selbst, in den Bezirksorten durch die Schulstellen.
Bei der Abholung seines Guthabens hat der betr. Zeichner die f. St. erhaltenen Bescheinigungen über die gezahlten und eingezahlten Beträge vorzuzeigen und abzugeben.
Die Auszahlung an die in Calw wohnenden Zeichner nimmt die OberamtsSparkasse in der Zeit vom Dienstag, 6. Juli bis Donnerstag, 15. Juli vor, und zwar um zu großen Andrang zu vermeiden: vormittags von 8^{1/2} bis 12 Uhr die Buchstaben A-R, nachmittags „ 2^{1/2} „ 4^{1/2} „ „ „ S-Z.
Calw, den 2. Juli 1920.

OberamtsSparkasse:
Pommert. Unger.
Wegen der Kleingeldnot wird dringend gebeten, Kleingeld zum wechseln mitzubringen.

Gutes
Carbolineum
empfiehlt
Ernst Kirchherr,
Zimmermeister.
Ein schönes
Zucht-
Rind
verkauft
Karl Weiß beim Lamm,
Althengstett.

Hier
in den Spalten der kleinen Anzeigen findet d. prakt. Hausfrau gute Gelegenheit Hausgerät das überflüssig ist, zum Verkauf auszuschreiben!!
Suche für sofort einen
jungen Mann
(18-20 Jahre alt), zum Bierabfüllen.
Oskar Schlanderer,
Bierniederlage Calw.

Concordia
Calw.
Gemischter Chor
Singstunde
Dienstag Abend 1/2 9 Uhr.
Der Vorstand.

Sommer-
sprossen,
braune, fleckige Haut, Leberflecke verschwinden wie abgewaschen, auch Pickel, Mitesser.
Auskauf frei, nur Rückmarke erwünscht.
Hugo Heinemann,
Hornhausen bei Döhrlesleben

Alle
Gebisse
Zahnstifte, Brennstifte, alte Schmucksachen
werden zu höchsten Preisen angekauft. Komme selbst nach dort.
Gefl. Adressenangabe, oder schriftliche Angebote an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Johannis-
Beeren
hat zu verkaufen
Frau Bertsch, Haaggasse.
Fünf Stück schöne
Zuchthasen
sind zu verkaufen.
Inselstr. 231.

D. H. V.
Ortsgruppe Calw.
Dienstag Abend 8 Uhr
Mitglieder-
Bersammlung
im „Schwanen.“

Besseres **M ä d c h e n**
das selbständig kochen kann für besseren Haushalt nach Mannheim gesucht.
Eintritt sofort oder später, da jegliche Köchin heiratet. Ferner gewandtes
Zimmermädchen,
das schon in besserem Haushalt gedient hat, bei guter Verpflegung u. Behandlung **g e s u c h t.** Eintritt nach Uebereinkunft.
Offerten erbitte an
Frau Heß, z. St. Kurhaus
Bad Teinach.

Bei Hautjucken,
Flechte, Krätze auch Beln-geschwüre, wo bislang nichts half, sofort schreiben. Gebe gerne kostenfreie Auskunft nur Rückmarke erwünscht.
August Streichert,
Wingingerode
(Eichsfeld).

Möbl. Zimmer
heizbar, für sofort zu mieten gesucht. Offerten unter C.159 an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Fr. Daur, vormals **Calw.**
Sommerstrümpfe.

Prima
Auslands-
Gries
ist eingetroffen und empfiehlt ohne Marken
Mehlhandlung Luz.
Guterhaltene
Kinderbettstelle
ist zu verkaufen
Vorstadt 242.

Brennholz
in Fuhrn zu Mk. 85.— kann sofort geliefert werden
L. Rärcher, Sägewerk,
Hirsau.

Senf-Saat,
Herbst-Rübsamen
weißen,
Sonnenwirbel
Spinat,
Winter-Zwiebel-
Samen und andere bei
Geschw. Deutsche,
Lederstr.

Knaben-Anzüge
Knaben-Hosen
Sweater-Anzüge
Reform-Beinkleider

In bekannt guter rein wollener Qualität
 sind wieder zu haben bei

H. Dierlamn, unfr. Marktstraße.

Hirsau, den 9. Juli 1920.

Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, insbesondere durch die Gemeinschaft, beim Ableben unserer Mutter

Friederike Wurster
 geb. Stoll,

und die mühevollen Pflege der Krankenschwestern, sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank.

Die Hinterbliebenen.

Aberverkalkung, Schwindelanfälle,
 Herzbeklemmungen, Angst- u. Schwächezustände. Berl. Sie kostenfr. ausführl. Broschüre.

Dr. Gebhard & Cie., Berlin W 35,
 Potsdamer Str. 104a.

Achtung!

Ziehharmonikas

kosten von heute ab nur noch den halben Preis in der

Harmonika- und Balgfabrik
 in Pforzheim bei **Gebr. Hohlfoser.**

Dieselbst sind noch verschiedene gebrauchte Instrumente billig zu verkaufen; wie Trompeten, Gitarren, Mandolinen, Geigen u. Grammophone. Bergstr. 27.

Ohne Marken!

Haferflocken, Hafermehl, Gerstensuppen, Reis

in unfern sämtlichen Verkaufsstellen noch erhältlich.

Spar- und Consumverein.

Endlich ist **Dr. Gentner's**

Rotstern Bleichsoda

wieder da. Reinste Qualität; frei von Ersatzstoffen, daher kein Nachwerden der Pakete.

Hersteller:
 auch des selbsttätigen Waschpulvers „Tofa“ Carl Gentner, Göppingen (Württemberg).



Schutzmarke

Vereinigte Deckenfabriken Calw A.-G. in Calw.

Aufruf an die Aktionäre zur Geltendmachung des Bezugsrechts.

Die am 9. Juli 1920 abgehaltene Generalversammlung hat beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu 1 1/2 Millionen Mark auf bis zu 3 Millionen Mark zu erhöhen durch Ausgabe von bis zu 1500 neuer Aktien im Nennwert von Mk. 1000.—, welche am Erträgnis des Geschäftsjahrs 1920 vom 1. Juli ab gewinnanteilsberechtigigt sind.

Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zum Nennwert; die sämtlichen Kosten der Kapitalerhöhung trägt die Gesellschaft. Auf jede Aktie sind zunächst 50 % des Nennwerts = Mk. 500.— nebst 5 % Zinsen vom 1. Juli 1920 in bar einzubezahlen, der Rest auf Einberufung durch den Vorstand und Aufsichtsrat.

Auf jede alte Aktie fällt das Recht zum Bezug einer neuen Aktie, sofern das Bezugsrecht innerhalb einer am 31. August d. Js. ablaufenden Ausschlussfrist geltend gemacht wird.

Das Bezugsrecht ist beim Vorstand der Gesellschaft geltend zu machen und zwar durch Ausstellung eines Zeichnungsscheines in zwei Ausfertigungen unter gleichzeitiger Einbezahlung von Mk. 500.— nebst 5 % Zinsen vom 1. Juli 1920 auf jede gezeichnete Aktie.

Für die Einbezahlung wird eine Quittung ausgegeben, welche auf den Namen lautet und durch Indossament, auch Blankoindossament übertragen werden kann. Interimsaktien werden nicht ausgegeben, Aktien werden erst nach erfolgter Vollerzahlung ausgestellt, bis dahin werden die neuen Aktienrechte auf die Namen der Zeichner oder ihrer Rechtsnachfolger im Aktienbuch der Gesellschaft geführt. Die Uebertragung erfolgt nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts.

Wir fordern nun die Aktionäre auf, ihr Bezugsrecht innerhalb der oben angegebenen Frist bis 31. August d. Js. bei dem unterzeichneten Vorstand geltend zu machen. Die Frist ist gewahrt durch eine an diesem Tage aufgegebenen Zahlung, sobald der entsprechende Zeichnungsschein innerhalb einer weiteren Woche ausgestellt wird.

Mit der Anmeldung des Bezugsrechts sind die Mäntel der alten Aktien einzureichen, welche mit einem entsprechenden Stempelausdruck zurückgegeben werden.

Die Zeichnung wird unverbindlich und wird der bezahlte Nennwert mit 6 % Zinsen vom 1. Juli 1920 kostenfrei zurückbezahlt, falls nicht bis zum 15. September 1920 insgesamt mindestens 1 Million neuer Aktien übernommen werden und bis zum 15. November 1920 die erfolgte Erhöhung des Grundkapitals um mindestens 1 Million Mark ins Handelsregister eingetragen ist.

Der Vorstand ist ohne Verpflichtung bereit, die Verwertung von Bezugsrechten zu vermitteln.

Die Generalversammlung hat ferner beschlossen ihr gehörige 500 Aktien der Wolldeckenfabrik Weilderstadt unseren Aktionären in der Weise zum Bezug anzubieten, daß auf 3 (alte) Aktien der Vereinigten Deckenfabriken Calw A.-G. in Calw das Recht zum Bezug einer Aktie der Wolldeckenfabrik Weilderstadt kommt und zwar zu 50 % des Nennwerts nebst 5 % Zinsen aus Mk. 500 vom 1. Januar 1920.

Das Bezugsrecht ist innerhalb einer Ausschlussfrist bis 31. August 1920 bei dem Vorstand der Vereinigten Deckenfabriken Calw A.-G. in Calw unter Einreichung von je 3 Mänteln für das Bezugsrecht auf 1 Aktie anzumelden.

Der Vorstand ist unverbindlich bereit den Erwerb oder Verkauf von Bezugsrechten solcher Aktionäre zu vermitteln, deren Besitz sich nicht durch 3 teilen läßt.

Calw, den 9. Juli 1920.
Der Vorstand: Erwin Sannwald.

Liebenzell. 2 Transport-Fässer (664 und 672 Liter) hat sofort zu verkaufen Faas „Löwen“.	Korbmöbel für ganze Ausstattungen sind ausn. weit unter Preis zu haben. Näh. unter S. S. 359 durch Rudolf Mosse, Stuttgart.	Neue Fahrpläne das Stück zu 30 Pfennig, sind auf der Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.
---	---	--

Keine Ware kann die Anzeigen-Reklame vollständig entbehren!

Kirchengesangverein Calw.

Samstag, den 17. Juli 1920 abends 8 Uhr im „Badischen Hof“

Kammermusik-Konzert
 mit Werken von Joh. Seb. Bach.

Mitwirkende: Fr. Ilka Knödler, Stuttgart (Sopran), Herr Friz Haas, Stuttgart (Baß), Fr. Nella Scharff, Liebenzell, Frau Fanny Schiller, Neuenbürg (Violine), Herr Walter Erhard, Stuttgart (Flöte).

Leitung: E. Rheinwald.

Eintrittspreise zu Mk. 4.— und Mk. 3.—, für Mitglieder zu Mk. 3.— und Mk. 2.—. Kartenvorverkauf in der Buchhandlung Kirchherr. — Der Reinertrag ist zur Ausschmückung des Kriegerdenkmals bestimmt.

Hochzeits-Einladung.

Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, den 15. Juli 1920, stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus „zum Hirsch“ in Maisenbach freundlichst einzuladen.

Michael Schaible
 Sohn des † Michael Schaible in Maisenbach.

Katharina Luz
 Tochter des † Friedrich Luz in Weinberg.

Kirchgang 12 Uhr in Liebenzell.

Wir bitten dies statt jeder besonderen Einladung entgegennehmen zu wollen.

Fr. Daur, vormalis Calw.
Corsetten.

Sämtliche Artikel zur Pflege

Haut-
 Zahn-
 Mund-
 Kind-
 Wochenbett-
 Frauen-

(Nad So Dr. Dethers Urkrast)
Ritter-Drogerie Calw.

Rein Rindfleisch Fleischbrühe

gibt es, aber garantiert aus Rindfleisch hergestellte, eingedöckte

kräftiger Nahrungszusatz für Gesunde und Kranke. Gleich geeignet für Suppen-Kraftbrühe, Gemüsezugabe und Brotaufstrich. Solange Vorrat zu haben

Neue Apotheke.

Achtung!

Bringe am 14. Juli (Calwer Wochenmarkt) zirka 100 Paar Plüsch-Hauschuhe (36-42) das Paar für nur Sandalen zu den billigsten Tagespreisen.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Fr. Wahl, Ludwigsburg.

Steuerfrei!

bleiben auch nach dem ersten Juni meinegetrockneten Heidelbeeren mit Zutatzen zur Herstellung eines vorzüglich schmeckenden Getränkes. Zur Zusammengähmung mit Johannisbeeren, Stachel- und Heidelbeeren vorzüglich geeignet.

Glänzende Anerkennungen.

Pakete zu 100 Liter mit Süßstoff Mk. 48.50, ohne Süßstoff kosten die Pakete 24.50, per Paket 6.— weniger.

Genaue Anweisung liegt den Paketen bei. Ferner solange Vorrat ohne Steuer bei den Niederlagen **Rufs Kunststoffanstalt mit Heidelbeerezugabe u. Süßstoff** zu 100 Liter zu 22 Mk. und zu 50 Liter zu 12 Mk. per Flasche.

Robert Ruf, Ettlingen.

Niederlagen: Friedrich Lamparter, Calw, Emil Körner, Hirsau, Fr. Oswald, Liebenzell, Carl Straile, Althengstett, Gottl. Sattler, Stammheim, G. Walz, Deckenpfromm

Wo nicht zu haben erfolgt Versand ab Ettlingen.